

**Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V.**  
Förderungswürdige und gemeinnützigen Zwecken dienende Organisation

Der Landesvorstand

**Pressemitteilung**

09. Februar 2013

VF/ea

**Ermittlungsverfahren gegen Gysi:**

**SED-Opferverband fordert von LINKE-Politiker Fraktionsvorsitz ruhen zu lassen**

Als Reaktion auf das Bekanntwerden eines Ermittlungsverfahrens fordert der Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V., den LINKE-Politiker Gregor Gysi auf, den Fraktionsvorsitz im Bundestag ruhen zu lassen. Wie am Abend Medien berichten, hat der Bundestag die parlamentarische Immunität des Abgeordneten im Zusammenhang mit Berichten über Stasi-Vorwürfe bereits aufgehoben.

Dazu erklärt **Volkhard Fuchs**, stellv. Vorsitzender des Bundes der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V.:

*"Bis zur vollständigen Klärung der Vorwürfe muss Gysi diesen Schritt der demokratischen Hygiene wegen und aus Achtung vor den SED-Opfern vollziehen. Es muss jetzt geklärt werden, ob die Stasi-Vorwürfe gegen Gysi und der Vorwurf der falschen eidesstattlichen Versicherung zutreffend sind. Immerhin handelt es sich dabei um einen Straftatbestand."*

Die Staatsanwaltschaft Hamburg ermittelt laut Medienberichten wegen des Verdachts, dass Gysi eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben hat. Dabei geht es um eine presserechtliche Auseinandersetzung im Januar 2011. Der NDR wollte die Dokumentation "Die Akte Gysi" erneut ausstrahlen. Thema der Sendung waren seine mutmaßlichen Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Gysi ging gegen den Film vor und setzte eine eidesstattliche Versicherung für das Verfahren gegen den NDR auf. Darin erklärte er, während DDR-Zeiten niemals Informationen über Personen an die Stasi geliefert zu haben.

Die Aussage könnte aber falsch sein, wie die "Welt am Sonntag" im April 2012 unter Berufung auf Dokumente aus der Stasi-Unterlagen-Behörde berichtete.

Seit rund zwei Jahrzehnten wird spekuliert, ob sich der Rechtsanwalt hinter den beiden Decknamen IM "Gregor" oder IM "Notar" verbirgt, unter den die Stasi viele brisante und vertrauliche Informationen über Gysis Mandanten registrierte. Gysi wehrt sich mit allen juristischen Mitteln gegen diesen Verdacht - bisher erfolgreich.

Der Bund der stalinistisch Verfolgten, Landesverband Sachsen e.V. setzt sich für die Rechte ehemals politisch Verfolgter und ihrer Hinterbliebenen ein. Das schließt den Psychiatriemissbrauch der SED-Diktatur ein. Der Verein fordert Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Stalinismus und Kommunismus. Er fördert seine Ziele auch durch die Herausgabe von

Verbandspublikationen sowie durch Zeitzeugenprojekte an Bildungseinrichtungen und leistet damit einen Beitrag zur Festigung der Demokratie.

**Kontakt:**

Volkhard Fuchs

Mobiltelefon: +49 173 8440952